



SPD – Fraktion im Rat der Stadt Waldbröl

Bernd Kronenberg, Kucksberg 9, 51545 Waldbröl

Herrn
Bürgermeister
Peter Koester
Nümbrecht Str. 19
51545 Waldbröl

Waldbröl, den 13.03.2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die SPD-Fraktion stellt zur Sitzung des Rates der Stadt Waldbröl am 29.03.2017 folgenden Antrag:

„Der Rat der Stadt Waldbröl beauftragt die Verwaltung, sich beim Straßenbaulastträger und dem Straßenverkehrsamt als Ordnungsbehörde für die Entschärfung des Unfallhäufungspunktes L 339 / K 26 in Bröl/Thierseifen einzusetzen und in der Sache die beidseitige Aufstellung eines Stoppzeichens (Zeichen 206 StVO) und die Aufbringung einer dauerhaft erkennbaren Haltelinie zu fordern.“

Begründung:

Die aktuelle Situation ist nicht geeignet, die seit Jahren bestehende Unfallentwicklung zu verbessern. Deshalb ist das Verkehrszeichen (VZ) 205 StVO (Vorfahrt gewähren) gegen das VZ 206 StVO (Halt. Vorfahrt gewähren) auszutauschen.

Laut Unfallstatistik der Polizei des Oberbergischen Kreises haben sich im Zeitraum vom 01.01.2000 bis zum 28.02.2017 im Knotenpunktbereich 40 Verkehrsunfälle mit und ohne Personenschaden ereignet. Die reinen Sachschäden belaufen sich dabei auf über 240.000 €.

37 von 40 Verkehrsunfälle sind durch das Nichtbeachten der Vorfahrt verursacht worden. Dabei haben die abbiegenden Verkehrsteilnehmer die auf der L 339 fahrenden Fahrzeuge nicht gesehen bzw. übersehen.

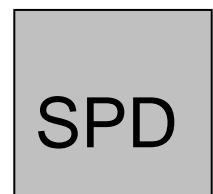
In der Statistik sind natürlich nicht die Verkehrsunfälle registriert, bei denen sich die Unfallbeteiligten geeinigt und auf eine polizeiliche Unfallaufnahme verzichtet hatten. Außerdem kommt es darüber hinaus immer wieder zu sogenannten Beinahe-Unfällen, bei denen trotz einer konkreten Gefahrensituation kein schädigendes Ereignis eingetreten ist.

Neben den Unfallbeteiligten sind auch die an die Einmündung angrenzenden Anwohner von der andauernden Unfallsituation betroffen. Einerseits ist das Miterleben der Unfälle, insbesondere wenn Erste Hilfe bei Personenschäden geleistet werden muss, eine immer wieder kehrende psychische Belastung, andererseits werden die Grundstücke der unmittelbaren Anwohner häufig beschädigt. Letztlich muss darauf hingewiesen werden, dass der Freischnitt des Sichtdreiecks und die Aufbringung einer Haltelinie keinerlei Erfolg gebracht haben. Die von der K 26 einbiegenden Verkehrsteilnehmer müssen durch das Aufstellen des Stoppzeichens zum Anhalten gezwungen werden. Nur durch diese Maßnahmen scheint die gravierende und seit Jahren andauernden Verkehrsunfallsituation verbessert werden zu können, zumal das Verhalten der Verkehrsteilnehmer am Stoppzeichen polizeilich überwacht werden kann.

Ansprechpartner für diesen Antrag ist StV. Gerald Arnold.

gez.:

Bernd Kronenberg
Fraktionsvorsitzender



Waldbröler Sozialdemokraten.....Energie für unsere Stadt